

GEISLINGEN UND KREIS



Auf Seite 16: Die **Weihnachtsmärkte** in der Region bringen den düsteren Dezember zum Leuchten.

Angebote des Amtes für Gesundheit

Beratung Im Geislinger Gesundheitszentrum Helfenstein gibt es künftig Hilfe für Schwangere und Träger von STIs.

Geislingen. Im Dezember 2024 startet das Gesundheitsamt Göppingen mit mehreren Beratungsangeboten im Geislinger Gesundheitszentrum Helfenstein. Wie die Behörde mitteilt, bietet sie ab diesem Zeitpunkt nach Terminvereinbarung fast alle Beratungsangebote und Untersuchungsmöglichkeiten wie sie auch am Standort Göppingen zur Verfügung stehen.

Demnach bietet die Beratungsstelle für Schwangere ab dem 11. Dezember Hilfestellung für Schwangere und deren Angehörige in Geislingen an. Nach Terminvereinbarung sind dort Beratungen wöchentlich am Donnerstag möglich. Termine hierfür gibt es unter Telefon (07161) 2 02 53 11 wie auch per E-Mail an die Adresse gesundheitsamt@lkpp.de.

» GZ-THEMA GESUNDHEIT

Neben der Schwangerenberatung können auch Termine für Beratungen zu sexuell übertragbaren Infektionen (STI) wie HIV ab dem 11. Dezember für das Gesundheitszentrum Geislingen vereinbart werden. Die Sprechstunden finden jeweils mittwochs statt. Termine hierfür gibt es unter Telefon (07161) 2 02 53 12 oder per E-Mail an die Adresse gesundheitsamt@lkpp.de. Alle Angebote der STI- und der Schwangerenberatung seien kostenfrei und vertraulich.

Ebenso findet ab dem 10. Dezember die Einschulungsuntersuchung (ESU) für Kinder aus Geislingen an der Steige und der näheren Umgebung in den Räumen des Gesundheitszentrums statt. „Ziel der ESU im vorletzten Kindergartenjahr ist, eventuelle Förderbedarfe frühzeitig zu erkennen und mit den Eltern und den Erziehern besprechen zu können.“ Weitere und mehrsprachige Informationen rund um die Einschulungsuntersuchung finden sich auf der Internetseite des Gesundheitsamtes für den Landkreis Göppingen unter www.lkpp.de/einschulungsuntersuchung.



Auch die Einschulungsuntersuchung findet jetzt im Gesundheitszentrum statt.

Künftig Plastik statt Bargeld

Politik Voraussichtlich im ersten Quartal 2025 will auch der Kreis Göppingen eine Bezahlkarte für Asylsuchende einführen. Dies ist mit Hürden verknüpft. *Von Jens Kirschner*

Im kommenden Jahr kommt auf Asylsuchende im Kreis Göppingen eine Neuerung zu. Dann sollen diese ihre Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nicht länger in bar oder auf ein Konto ausgezahlt bekommen. Stattdessen soll das Geld auf eine Bezahlkarte fließen, welche der Kreis wohl in den ersten drei Monaten 2025 ausgeben will.

Über den Ablauf der Einführung informierte Lea Müller, Abteilungsleiterin Asyl- und Flüchtlingswesen beim Kreissozialamt, jüngst den Kreissozialausschuss. Demnach soll die sogenannte „Social Card“, auf welche sich die Bundesländer geeinigt hatten, den Auszahlungsprozess an Asylsuchende für die Behörden digitalisieren und erleichtern. Wohl gemerkt ging es Bund und Ländern bei den Verhandlungen über die Karte auch darum zu verhindern, dass gezahlte Leistungen an Asylsuchende von diesen ins Ausland überwiesen werden.

Eine Barabhebung im Monat

Die Auszahlung der staatlichen Leistungen auf die Karte soll demnach den Regelfall darstellen. Eine Ausnahme: Wenn Asylsuchende die Hälfte ihres Einkommens über Erwerbsarbeit bestreiten können, sei auch weiterhin eine Überweisung auf ein Bankkonto möglich, berichtete Müller.

Eine weitere Einschränkung: Pro Karte und Monat sollen Barabhebungen nur einmal im Monat möglich sein. Und auch nicht kostenfrei. 65 Cent koste die Ab-



Wohl zum ersten Quartal 2025 soll die Bezahlkarte für Asylsuchende auch im Kreis Göppingen kommen.

hebung von Bargeld am Automaten.

So oder so kommt auf ihre Behörde Mehrarbeit zu. Denn, wie Müller im Ausschuss berichtete, müssten die bisherigen Daten der Betroffenen händisch für das neue System erfasst werden. Denn für den Übertrag der Stammdaten gebe es, Stand heute, keine geeignete Schnittstelle.

Dies betreffe unter anderem die Bankdaten von Vermietern, an welche der Kreis die Zahlungen bislang direkt geleistet habe. Künftig sollen auch diese vom

virtuellen Konto der Bezahlkarte abgehen. Für solche Buchungen müssten die Bankverbindungen in einer Positivliste eingepflegt werden. Für Müller ist diese Aussicht ein „Riesenproblem“, da durch die Dateneingabe Personalressourcen gebunden würden, bei einer ohnehin schon angespannten Personalsituation in ihrer Abteilung.

Schon im Juni hatte die Behörde angekündigt, ihre Öffnungszeiten aufgrund „aktueller Personalengpässe“ anpassen, sprich verkürzen, zu müssen.

Auslandsüberweisungen, versicherte Müller, seien – wie politisch gewünscht – grundsätzlich nicht möglich. Jeder Inlandstransfer vom virtuellen Konto der Bezahlkarte schlägt mit 50 Cent zu Buche. „Bei uns in Baden-Württemberg ist es so, dass diese Kosten das Land übernimmt. Dafür hat der Kreis eine Mitwirkungspflicht bei der Rechnungsprüfung“, sagte Lea Müller.

Zweifel daran, dass die Bezahlkarte für Asylsuchende praktikabel ist, äußerte Kreisrat Christian Stähle (Linke). Er bezweifelte,

dass die Zahl der Akzeptanzstellen für die Karte im Landkreis – der Aussteller ist Kreditkartenanbieter Visa – ausreiche. In manchen Geschäften könne man schon froh sein, mit einer Girokarte zahlen zu können. Entsprechend zweifelte Stähle daran, ob die Begrenzung der Barauszahlung von der Karte auf 50 Euro sinnvoll sei.

Die bisherigen Daten müssen händisch für das neue System erfasst werden

Ein weiteres Problem: Viele Asylsuchende decken ihren Bedarf an Lebensmitteln und Kleidung bei den Tafeln beziehungsweise in caritativen Kleiderläden. Orte, an denen Kartenzahlung eher fremd ist. Darauf machte Sabine Stövhase, beratendes Ausschussmitglied vom Caritasverband, aufmerksam. „Haben Sie Kontakt zu den Trägern in dieser Sache aufgenommen?“, wollte sie wissen.

Die Verwaltung habe dieses Problem im Blick, versicherte der Erste Landesbeamte Jochen Heinz. Ebenso hoffe er, dass jene Pilot-Landkreise, in denen die Karte als Erstes zum Einsatz kommen soll, hierfür gegebenenfalls schon eine Lösung gefunden haben. Mit diesen stehe der Kreis Göppingen in regelmäßigem Austausch.

Bruckwiesen bekommen Bürogebäude

Bauen Die Geislinger Siedlungs- und Wohnungsbau GmbH (GSW) will im Herbst 2025 mit dem Bau starten.

Geislingen. Zusätzlich zu den Mehrfamilienhäusern plant die Geislinger Siedlungs- und Wohnungsbau GmbH (GSW) in den Bruckwiesen ein Bürogebäude. Der Bau von „Gate West“ soll im Herbst 2025 beginnen, kündigt die GSW in einer Pressemitteilung an. Die Vermietung für die 3400 Quadratmeter Bürofläche laufe bereits.

Das „Gate West“ sei so konzipiert, dass sich darin verschiedene Bürokonzepte realisieren lassen. Je nach Bedarf könnten die Räume als Einzelbüros, Kombi-Büros oder als „Open Space Offices“ individuell gestaltet werden, so die Pressemitteilung weiter. Für Firmenveranstaltungen und ähnliche Anlässe sind im Staffgeschoss zwei einzeln buchbare Schulungsräume mit angrenzender Catering-Küche geplant. Die Büroräume würden mit moderner Technik ausgestattet und seien über einen Aufzug barrierefrei zu erreichen. Eine Tiefgarage biete ausreichend Stellflächen,

von denen einige mit E-Ladesäulen ausgerüstet seien. Eine Pelletheizung und eine Grundwasserwärmepumpe versorgten das Gebäude mit umweltfreundlicher Wärme, eine Photovoltaikanlage mit grünem Strom. Mit diesem Nachhaltigkeitskonzept erfülle „Gate West“ den Energieeffizienzstandard KfW 55.

Finanzierung ohne Fördermittel

Für die GSW sei es der erste Bürorenovierung in dieser Größenordnung. Die Gesellschaft finanziere das Bauvorhaben, ohne Fördermittel einzusetzen. Eine Etage werde die GSW selbst für ihre Verwaltung nutzen. Geschäftsführer Hansjörg Hagmayer merkt an, dass durch „Gate West“ auch der Wirtschaftsstandort Geislingen gestärkt werde.

Matthias Kralisch, Prokurist bei dem mit der Bürovermittlung beauftragten Ulmer Gewerbeimmobilienspezialisten Objekta, ergänzt: „Die GSW schafft hier einen Prime-Office-Standort mit



So soll das geplante Bürogebäude „Gate West“ am westlichen Ortsausgang Geislingens einmal aussehen. *Visualisierung: GSW*

überregionaler Strahlkraft, und das in einem anspruchsvollen Marktumfeld, in dem Unternehmen ihre Büroflächen aufgrund geänderter Arbeitsweisen – Stichworte: Homeoffice und Desksh-

ring – oft reduzieren.“ Gleichzeitig wollten die Firmen ihren Mitarbeitern für die „Präsenztage“ ein modernes, inspirierendes Arbeitsumfeld bieten. Das „Gate West“ sei genau auf diese Bedürf-

nisse einer dynamischen, digitalisierten Arbeitswelt zugeschnitten. Flexible Raumkonzepte, innovative Technologie und Nachhaltigkeit stünden dabei im Mittelpunkt und ermöglichen es, den Ansprüchen moderner Unternehmen gerecht zu werden. Die Büroflächen in Geislingen und der gesamten Region könnten diese Anforderungen längst nicht mehr abdecken. Das Projekt komme daher genau zum richtigen Zeitpunkt – ein vergleichbares Neubauvorhaben habe es in der Region seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben.

Der Bürorenovierung entsteht am westlichen Ortsausgang von Geislingen zwischen B10 und B466 und ist daher mit dem Auto und auch mit dem ÖPNV gut zu erreichen. In unmittelbarer Nähe errichtet die GSW seit 2020 Mehrfamilienhäuser. Drei Gebäude, B33, B37 und B41, sind bereits fertiggestellt. Weitere Informationen bietet die Projektwebsite www.gate-west.de.

Papiertonne in Adlerstraße geht in Flammen auf

Geislingen. Stechender Rauch und Flammenschein sorgten am Sonntagabend kurz vor 19 Uhr bei Passanten am Geislinger Kirchplatz für Aufsehen: Vor einer Straßentafel in der Adlerstraße brannte ein Feuer. Die Geislinger Feuerwehr war schnell zur Stelle und löschte die Flammen innerhalb weniger Minuten. Übrig blieben ein kleines Häufchen verkohltes Papier und geschmolzenes Plastik.

Ersten Erkenntnissen der Feuerwehr zufolge hatte wohl eine auf der Straße stehende Papiertonne Feuer gefangen. Verletzt wurde niemand.



FOTO: RAINER LAUSCHKE

Grüne weisen Vorwürfe von Ayla Cataltepe zurück

Kreis Göppingen. Der Partei- und Fraktionsaustritt der bisherigen Göppinger Grünen-Landtagsabgeordneten Ayla Cataltepe hat am Wochenende in politischen Kreisen für jede Menge Gesprächsstoff gesorgt. Dass die 52-jährige angekündigt hat, in die CDU eintreten zu wollen, stößt an der Basis der Christdemokraten offenbar auf ein geteiltes Echo, so war gleich von mehreren CDU-Mitgliedern zu hören. Die einen seien klar dafür, Cataltepe aufzunehmen, andere seien skeptisch, weil die Politikerin und Abgeordnete zuweilen als „schwierig zu handeln“ gelte.

Unterdessen hat der Kreisverband der Grünen die von Cataltepe erhobenen Vorwürfe in einer Pressemitteilung „entschieden“ zurückgewiesen. Bündnis 90/Die Grünen nehme Themen wie Sicherheits-, Migrations- und Integrationspolitik „sehr ernst“, heißt es dort. Die Grünen-Kreisgeschäftsführerin Tanja Wollenberg betont: „Wir setzen uns auf allen Ebenen mit Nachdruck für den Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ein und arbeiten konsequent gegen verfassungsfeindliche Strömungen. Unsere Programme und Beschlüsse belegen unser En-

gagement in diesem Bereich.“ Erst kürzlich beim Bundesparteitag in Wiesbaden hätten die Grünen ihre Positionen „nochmals bekräftigt“. Wenn Cataltepe, die ihr Mandat behalten will, „sich heute mit den Inhalten, für die sie geworben hat, nicht mehr identifizieren kann, wäre es nicht zuletzt aus Respekt gegenüber den Wählerinnen und Wählern nur konsequent, wenn sie jetzt ihr Mandat niederlegt“. Damit würde sie „den Platz frei machen für eine Person, die sich auch weiterhin mit dem Programm und den Werten von Bündnis90/Die Grünen verbunden fühlt“.